

HORST KAHRS, HARALD PÄTZOLT

ZURÜCK ZUR WÄHLERSCHAFT

POTENTIALE FÜR DIE LINKE

Nachdem der Wechsel an der Spitze der Partei DIE LINKE auf dem Göttinger Parteitag vollzogen wurde, richtet diese nun den Blick nach vorn: auf die Bundestagswahl 2013 und die Europawahl 2014. Näher noch, dadurch fast schon wieder aus dem Blickfeld, gilt es die Landtagswahl in Niedersachsen zu bestehen. Gelingt die Konsolidierung der Partei in der Wählergunst über den Sommer, wofür derzeit einiges spricht, dann muss die Niedersachsenwahl nicht verloren gehen.

Der Schriftsteller Manès Sperber hat den schönen Spruch getan: Erlebnisse hat man, Erfahrungen macht man. Die Zeit innerparteilicher Auseinandersetzungen vor Göttingen war einer ruhig sachlichen, Wissenschaft zu Rate ziehenden Verarbeitung der überwiegend bedrückenden Wahlerlebnisse in den Jahren 2010 und 2011 zu erfahrungsgesättigter Orientierung nach vorn nicht unbedingt zuträglich. Nun aber lohnt der Blick über die Schulter, auf die Wählerschaft, die der Partei DIE LINKE gefolgt ist und auf die Lücken in den Reihen, auf die Weggebliebenen und auf jene, welche sich in eine andere parteipolitische Richtung bewegt haben. Die große Frage, der sich dieser Standpunkt widmet ist: Wer ist eigentlich wem abhanden gekommen? Die Wählerschaft der Partei oder DIE LINKE ihrer Wählerschaft?

EINE FRAGE DER PERSPEKTIVE

Die jüngsten Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen 2012 sowie die bundesweiten Umfragewerte zeigen: Potentielle Wählerinnen und Wähler der LINKEN haben ihre Ansichten über die Partei geändert. Zusammengefasst lautet, bei allen Unterschieden, ihre gemeinsame Botschaft: *Wir sehen keine ausreichenden Gründe mehr, euch unsere Stimme zu geben.* DIE LINKE hatte kein hinreichend gutes, also «wettbewerbsfähiges» politisches Angebot. Einer rückläufigen Zustimmung kann eine Partei auf drei Wegen begegnen:

- Der Rückgang kann hingenommen werden, weil die Ursachen als nicht beeinflussbar bewertet oder frühere Zustimmungswerte als «Hype», der Rückgang also als «Normalisierung» interpretiert werden;
- Der Rückgang kann verarbeitet werden als Resultat blockierter Kommunikation: man sei in den Medien nicht durchgedrungen, man müsse es den Leuten nur besser erklären, dann würden sie schon zustimmen; oder: «die Zeit» sei noch nicht reif gewesen;
- Der Rückgang kann verarbeitet werden als Resultat blockierter eigener Wahrnehmung: man hat nicht verstanden, was die unzufriedenen Wählerinnen und Wähler wollen; man hat Veränderungen im Alltagsbewusstsein, in ihren Wertungen darüber, worauf es ankommt, und Veränderungen in ihrer Wahrnehmung der Partei und ihres Verhältnisses zu anderen Parteien nicht berücksichtigt.

Dieses Papier kommt in Auswertung der Wahlergebnisse, von Umfragen und eigener Studien zu dem Ergebnis, dass die zwei ersten Verarbeitungsmodi eine gewisse Erklärungs-

kraft und Berechtigung beanspruchen können. Allerdings dürfte der dritte, die unzureichende Verarbeitung von Veränderungen in der Wählerschaft, der entscheidende sein.

Die Wählerschaft ist der Souverän und Auftraggeber. Parteien befinden sich in einer dienenden Rolle.

Oft freilich ist die Sicht aus den Parteien heraus eine umgekehrte. Die Wählerschaft erscheint als Masse, deren Unterstützung zur Zielerreichung der Parteien (Mandate, Ämter, Programme) notwendig ist.

Nehmen wir in diesem Papier also einen Perspektivenwechsel vor: Das Wort vom «Wählerauftrag» kennzeichnet die Beziehung zwischen Wählenden und Gewählten. Die Bereitschaft, die Partei DIE LINKE zu beauftragen, ist in Ostdeutschland teilweise geschwächt und in Westdeutschland droht mit dem Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen das Unternehmen «Aufbau einer neuen gesamtdeutschen linken Partei» symbolisch und tatsächlich zu scheitern.

Die Zukunft der Partei DIE LINKE als gesamtdeutsche hängt von ihrem relativen Erfolg im Westen ab, ein weiterer Grund, weshalb der Schwerpunkt dieser Betrachtungen auf Zahlen aus dem Westen des Landes liegt.

A. WAHLANALYSEN:

AKZEPTANZ UND POTENTIALE

Akzeptanz meint eine Zustimmung zu Aussagen wie: *Es ist in Ordnung, dass es diese Partei gibt und sie sollte im Parlament vertreten sein.*

Potential meint eine Zustimmung zu Aussagen wie: *Ich könnte mir vorstellen, diese Partei auch zu wählen.*

In Westdeutschland ist DIE LINKE eine minoritäre Partei. Die Behauptung, sie würde die Interessen der Mehrheit vertreten, steht in einem offenkundigen Widerspruch zur Auffassung dieser Mehrheit.

Die Mehrheit der Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen, rund 885 von 1 000, war der Auffassung, dass DIE LINKE nicht wieder im Landtag vertreten sein sollte/müsste. Nur 115 von 1 000 Wahlberechtigten fanden es gut, wenn sie wieder im Landtag vertreten wäre. Bei allen anderen Parteien, auch bei der FDP und den Piraten, lagen diese Akzeptanzwerte höher. Die Existenz der LINKEN, ihr bloßes Vorhandensein als konkurrierende Partei ist bei den Anhängern der anderen Parteien und parteiungebundenen Wahlberechtigten nicht (breit) akzeptiert.

Die Zahl derjenigen, die sich im April und Mai in Nordrhein-Westfalen vorstellen konnten, DIE LINKE auch zu wählen, war naturgemäß noch kleiner und betrug etwa 70 von 1 000 Wahlberechtigten oder etwa 10 Prozent der wahlbereiten Bürgerinnen und Bürger. *Für über 90 Prozent der Wahlberechtigten war DIE LINKE in NRW keine wählbare Partei.* Die Zahlen für alle westlichen Länder mit Ausnahme des Saarlandes und der Stadtstaaten sind vergleichbar.

Sowohl die Zahlen für die «Akzeptanz» als auch die für das «Potential» sind seit 2010 in der Tendenz rückläufig.

Im Ergebnis der Landtagswahl in NRW 2012 haben DIE LINKE 15 von 1 000 Wahlberechtigten (2010: 33; 2009: 56) auch gewählt. Die Wahrscheinlichkeit, im Alltag auf einen anderen LINKE-Wähler zu treffen, hat sich mehr als halbiert. Verbunden mit dem Image des Wahlverlierers ist die Aussicht, dass außerhalb der aktiven Mitgliederkreise im Alltag positiv über DIE LINKE geredet wird, vermutlich dramatisch gesunken. Hinzu kommt, dass gerade unter mit größerer Wahrscheinlichkeit politisch kommunizierenden Wahlberechtigten (z. B. Gewerkschaftern) die Abwendung überdurchschnittlich war.

Naheliegende Schlussfolgerungen

Die medial vermittelte Kommunikation über das Wollen und Handeln der Partei bekommt im Verhältnis zum lebensweltlichen unmittelbaren Kommunizieren auf der Straße, im Betrieb, in der Universität, in Freundeskreisen einen (noch) größeren Stellenwert. Für die weitere soziale Verankerung der Partei kann dies kontraproduktive Wirkungen haben.

Für eine Umkehr des gegenwärtigen Negativtrends gibt es ein kleines Zeitfenster. Es schließt sich für die Bundestagswahl 2013, bei Ausbleiben schwerwiegender und zugleich positiv wirkender äußerer Einflüsse, allerspätestens im Januar 2013 mit der Wahl in Niedersachsen.

Akzeptanz hängt vor allem vom Auftreten, vom Stil, vom Image einer Partei ab. DIE LINKE hat ein ausgeprägtes Negativimage bei der überwiegenden Mehrheit der Wahlberechtigten (nebenbei ein Grund, warum die SPD in Westdeutschland keine Koalitionen einging, bevor dann noch die Aussicht hinzukam, die LINKE wieder aus den Parlamenten heraushalten zu können). Der Kern des Negativ-Images könnte darin bestehen, dass die Mehrheit die demonstrative Selbstgewissheit, dass die Partei die «Interessen der Mehrheit» vertritt, als Hybris wahrnimmt, gerade wenn die Mehrheit von der Daseinsberechtigung eben dieser Partei gar nicht überzeugt ist, weil sie ihre Interessen eben nicht nachhaltig in den politischen Auseinandersetzungen vertreten sieht.

Hinsichtlich der Glaubwürdigkeit des Auftretens, der Absichten und der Durchsetzungsbereitschaft sollten auch

nicht die gerade in traditionellen sozialdemokratischen Wählerschichten Westdeutschlands verbreiteten antikommunistischen Ressentiments unterschätzt werden. Ambivalenzen im Verhältnis zur DDR als Diktatur, zur Beschönigung der Unterdrückung von Freiheitsrechten («Mauer», «Kuba» etc.) aktualisieren da schnell Vorbehalte, wonach sich im Gewand der neuen LINKEN doch nur die alte staatssozialistische «Nachfolgepartei» verberge.

Die Ausweitung der Akzeptanz einer Partei wie der LINKEN ist ein längerfristiger Vorgang, schnelle Erfolge sind kaum mehr zu erwarten. Vermutlich kann es mit Blick auf die Bundestagswahl zuerst einmal nur darum gehen, weitere Einbußen zu verhindern. Allerdings muss dafür eine Art und Weise gefunden werden, die zugleich den Grundstein für eine Ausweitung legt. Es muss das Ziel sein, dass deutlich mehr Wahlberechtigte es gut finden, wenn DIE LINKE in den Parlamenten sitzt, auch wenn sie sie nach jetziger Ansicht nie wählen würden. Dafür muss sie über kleine Zielgruppen hinaus eine öffentliche Funktion besitzen und diese glaubhaft und ausdauernd kommunizieren.

«Das Potential» setzt sich aus heterogenen WählerInnenpotentiale zusammen

Wenn vom Wählerpotential der LINKEN die Rede ist, stellt das eine Verkürzung dar, die nur zulässig ist, wenn man weiß, dass es *das* Potential nicht gibt. Tatsächlich stand und steht DIE LINKE in Beziehung zu ganz unterschiedlichen Wählerpotentialen. Warum sich Wahlberechtigte vorstellen können, eine Partei zu wählen und es dann tun oder lassen, ist gerade bei einem wenig homogenen, vielfältigem Potential ein schwer ergründbarer Entscheidungsvorgang. Die Motive der Wählerschaften zu verstehen, ist umso schwieriger, je geringer oder einseitiger die Kommunikation zwischen Partei und potentiellen WählerInnen ausfällt.

Ausgegangen wird davon, dass DIE LINKE nach Ost und West unterscheidbare Wählerpotentiale hat. Aber sie unterscheiden sich auch *in* Ost und *in* West.

Die Wahlen 2011 verliefen vielfach nicht erfreulich, aber im Ergebnis zeigten sie hinsichtlich der Potentiale «stagnierende Stabilität». Zum Beispiel: In Baden-Württemberg verlor die Partei unterm Strich 1 000 Stimmen an die SPD, dahinter verbargen sich aber 20 000 Stimmen, die von der LINKEN zur SPD gegangen waren und 19 000 Stimmen, die von der SPD gleichzeitig zur LINKEN gekommen waren – Zeichen eines lebendigen Austausches in einer zugespitzten politischen Situation (Wechselstimmung), in der DIE LINKE als tatsächliche Option wahrgenommen würde. Ähnlich große Wanderungsbewegungen verbergen sich hinter dem Saldogewinn von 2 000 SPD-Stimmen im Herbst 2011 in Berlin. Einen vergleichbaren Austausch in beide Richtungen gab es mit den Wählern in Schleswig-Holstein. Mit Ausnahme der Grünen in Baden-Württemberg und der Piraten in Berlin spielt der Austausch mit anderen Parteien bei den Wahlen 2011 keine hier zu beachtende Rolle.

Die Wahlen 2012 zeigen demgegenüber ein dramatisches Versiegen dieser Austauschbeziehungen. Es gibt kaum nennenswerte Zuwanderungen von SPD und Nichtwählern, fast nur noch Abwanderungen, und zwar in drei verschiedene Richtungen¹:

¹ Berücksichtigt werden die beiden jeweils größten Abwanderungsrichtungen. In Berlin, im Saarland und in Schleswig-Holstein zählt die Abwanderung von LINKE-Wählern zu den Piraten nicht zu den beiden dominierenden Bewegungen.

Erstens in Richtung Nichtwähler (vor allem in Schleswig-Holstein, mit Abstand im Saarland).

Zweitens in Richtung SPD (vor allem Nordrhein-Westfalen, mit großem Abstand in Schleswig-Holstein und im Saarland).

Drittens in Richtung Piraten (vor allem in Nordrhein-Westfalen).

Verlust an politischer Vielfalt und Qualität?

Hinter diesen Bewegungen und Richtungen in der Abwendung verbergen sich demnach mindestens auch drei unterschiedliche Motive und damit indirekte Aussagen über die Unterschiedlichkeit der Potentiale bzw. des mit der Linken verbundenen «politischen Gebrauchswerts».

Erstens: Es lohnt sich nicht, überhaupt zu wählen; ich habe es mit der LINKEN nochmals versucht, es hat nichts gebracht und ich will keine andere Partei ausprobieren. Konsequenz: Wahlenthaltung.

Zweitens: Ich will, dass – vielleicht: bei aller Kritik am System – wenigstens sozialdemokratische Politik gemacht wird und von der LINKEN ist das – gewollt oder ungewollt – nicht zu erwarten. Konsequenz: Abwanderung zur SPD, wenn diese sich wieder (wie in NRW) deutlich sozialdemokratischer und volksnäher positioniert.

Drittens: Ich will mal wieder eine neue Partei ausprobieren (und bei den voraussichtlichen Wahlsiegern sein). Das bringt Bewegung in alle Parteien. DIE LINKE ist ja schon keine neue Partei mehr. Durch ihre Wahl kann ich keinen Protest mehr ausdrücken und Unruhe ins Parlament bringen. Konsequenz: Hinwendung zu den Piraten.²

Es könnte sein, dass mit den jüngsten Wahlen bereits länger anhaltende Abwendungsprozesse von den Wählenden «ratifiziert» worden sind. Sie haben sich *nicht für* bzw. sie haben sich *gegen* die LINKE entschieden. Vor allem letzteres könnte nur schwer wieder zu ändern sein. In diesem Fall handelte es sich um qualitative Verluste von Wählerpotentialen, die den Charakter der Partei selbst verändern. So wird die Rolle des «neuen Spielers» 2013 nach zwei erfolgreich verlaufenden Bundestagswahlen nicht wieder auszufüllen sein. DIE LINKE wird ihre Rolle unter den etablierten Parteien *auf neue Weise* definieren müssen.

Die einseitige Hinwendung von Wählerpotentialen zur SPD hingegen kann für einen qualitativen Verlust hinsichtlich der Funktion, absehbare Verbesserungen für Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslose durchsetzen zu können, stehen.

Die Abwanderung zu den Nichtwählern wiederum steht womöglich für eine Abwendung von politischer Partizipation überhaupt, was einen qualitativen Verlust hinsichtlich der Fähigkeit zur Repräsentation bestimmter, an den Rand gedrängter oder von Ausgrenzung bedrohter Bevölkerungsgruppen bedeuten könnte.

Bei diesen Interpretationen handelt es sich um – begründete – Spekulationen über die politischen Haltungen und Motive, aus denen heraus sich verschiedene Potentialgruppen nicht für die LINKE entschieden haben. Sie finden in den sozialen Merkmalen der Stimmenverluste durchaus eine Bestätigung. Es sind Verluste unter Erwerbslosen und formal niedrig Gebildeten zu verzeichnen, vor allem aber auch unter den sozialstaatlich orientierten Wählergruppen über 45 Jahren und Gewerkschaftsmitgliedern. Wenn hier die «Systemfrage» gestellt wird, trifft das zwar vorhandene Empörung und Unbehagen über die weitere Entwicklung, am Ende zählt aber die pragmatische Antwort auf die «Frage». Wie es in einer kom-

plexen und schwer durchschaubaren Welt in diesem oder jenen Lebensbereich tatsächlich anders gehen kann, dürfte bei einer Wahlentscheidung ein wichtigeres Motiv sein als die «gefühlte Einsicht», dass es so nicht gut geht/gehen kann.

Die Abwendungsbewegungen können endgültige oder abwartende sein. In jedem Fall stellen sie eine Aufforderung zur Selbstveränderung an die Partei DIE LINKE, bevor wieder ein Wählerauftrag an diese erteilt wird.

Der politische Imperativ lautet also: Wir müssen unser Angebot verändern, weil sich die Wettbewerbssituation geändert hat. Es ginge um die Anpassung an veränderte Umweltbedingungen. Offensichtlich besteht in der (medialen) Öffentlichkeit die Bereitschaft, die Ergebnisse der Wahlen auf dem Göttinger Parteitag als Signale der Bereitschaft, des «Wir haben verstanden», verbunden mit einer entsprechenden Erwartungshaltung, anzunehmen.

Das Problem der Alleinstellung

Alles hat seine Zeit. Eine neue Partei muss betonen, warum sie als neue Partei statt der anderen Parteien gewählt werden muss, warum sie anders ist als die anderen. Nur: Wer gibt sich auf Dauer damit zufrieden, eine Partei zu wählen, die anders ist als die anderen, aber nichts bewegt?

Über das, was DIE LINKE bewegt hat, wurde eher am Rande geredet, oder Tonfall eher beleidigter Empörung, weil «die anderen» etwas geklaut hätten.

Über das, was DIE LINKE unterscheidet, herrscht im Wählerpotential mehr Klarheit als wir glauben. Bittet man repräsentativ befragte Wahlberechtigte, die Parteien auf einer Links-Rechts-Skala von 1 bis 11 zu verorten, so steht die LINKE mit einem Abstand von bis zu 2 Punkten links von der SPD und den Grünen, mit denen sie andererseits gemeinsam zum linken Lager, zu den Parteien links von der Mitte gezählt wird. (Die Piraten werden derzeit auch dort platziert.) Der Abstand zwischen LINKE und SPD ist meist größer als derjenige zwischen SPD und CDU oder FDP, die rechts verortet werden.

Auch die *Wählerschaft der LINKEN* – im Rückblick auf die vergangenen Jahre – ordnet sich ganz links ein und mit einem zweiten Schwerpunkt «links der Mitte». Diese Gruppen der Wählerschaft «leicht links von der Mitte» stimmen in ihrer Selbstpositionierung stark mit der Positionierung aller Wahlberechtigten überein. Es sind, so ist nach den jüngsten Wahlergebnissen zu vermuten, jene, die LINKE nicht (mehr) gewählt haben.

Insgesamt verorten sich die *Wählerpotentiale* der LINKEN vorwiegend selbst «leicht links von der Mitte», deutlich links nur der kleinere Teil der aktuellen Potentiale. Bundesweit umfasste das Potenzial der LINKEN im Juni 2012 etwa 16 Prozent *der Wahlberechtigten*. Allerdings würde sich derzeit ein knappes Viertel auch für die Wahl der Partei entscheiden. Knapp ein Fünftel würde sich für die SPD entscheiden, gut jeder Zehnte für die Piratenpartei, knapp jeder Zehnte jeweils für Gründe oder Union und ein Viertel würde nicht zur Wahl gehen oder ist unentschlossen.

DIE LINKE hat offenbar allenfalls geringe Probleme, die sich ganz links verortenden Wählerpotentiale zu Wählern zu machen, wohl aber große Probleme, diejenigen, die sich eher links der Mitte verorten, für eine positive Wahlentschei-

² Über 70 Prozent der WählerInnen der Piraten in NRW sagten, sie wählen die Piraten, weil sie eine «neue Partei» seien. Themenzuschreibungen («Soziale Gerechtigkeit») oder tatsächlich vertretene Inhalte (Netzpolitik) erreichten jeweils nur 5-10 Prozent.

dung zu gewinnen. Für sie scheint im Zeitverlauf die Alleinstellung linksaußen zum Problem bei der Wahlentscheidung geworden zu sein.

B. UMFRAGEN: WELCHES PROBLEM HABEN DIE POTENTIELLEN WÄHLER DER LINKEN MIT DER PARTEI? WELCHES BILD HABEN SIE VON DER «IDEALEN PARTEI»?

Potentielle WählerInnen sind im *umgangssprachlichen* Sinne Menschen, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen. Empirisch, also *wissenschaftlich*, kann diese Gruppe sehr unterschiedlich bestimmt werden: Diejenigen, die DIE LINKE bei letzten Wahlen gewählt haben, solche, die bei der

«Sonntagsfrage» diese Partei präferieren, Leute, die meinen, dass DIE LINKE ihre Interessen am besten vertreten würde usw. usf. Entsprechend gibt es nicht *das* Potential, sondern qualitativ und quantitativ unterschiedliche Potentiale. Diese Klarstellung erscheint wichtig, weil diejenigen, welche DIE LINKE gewählt haben, es vielleicht genau aus den Gründen taten, die andere davon abhielten. Auf jeden Fall verweist der Begriff des *Wählerpotentials* auf ein mögliches *Wählerverhalten*, also auf ein *Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien*. Dass dieses Verhältnis ein erlebtes und erfahrenes, also ein durchaus Mitteilbares ist, das ist die Grundannahme aller hier zu besprechenden Untersuchungen.

Beziehungsprobleme

Die potentiellen Wähler der LINKEN haben aktuell ein Beziehungsproblem mit der Partei. Es erscheint zunächst ein *Problem des Politikstils*.

Die Menschen wünschen sich schon eine Beziehung zu einer Partei, wenn auch keine allzu innige. Und die Menschen aus dem sogenannten «linken Potential» wünschen sich eine Beziehung zur LINKEN. Nur, so sagen sie, ist DIE LINKE zu einer neuen Beziehung zu uns wohl nicht bereit:

(1) *Sie hängt noch einer alten Beziehung nach* (DDR, Kommunismus/Sozialismus). *Was wiederum für einen (kleiner werdenden) Teil der Kernwählerschaft wichtig ist, denn er ist diese Beziehung.*

(2) *Diese Partei ist noch nicht offen für eine Beziehung.* Sie lebt ihr eigenes, gewohntes Leben (Ideologien, eigene Sprache, mangelnde Offenheit für Ideen) und ist mehr mit sich als mit der Beziehungsaufnahme beschäftigt (interne Querelen).

(3) *Die Partei scheint nicht bereit, uns näher zu kommen*, sich uns zu zeigen, Gesicht(er) zu bekommen (Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit, Personen, Bürgernähe, Transparenz).

Und (4) *die Partei scheint nicht bereit, in eine Beziehung zu investieren* (pragmatische Lösungsansätze, Kompromissbereitschaft, realistische Konzepte, konstruktive Beteiligung, Transparenz, Gelegenheiten zur Beteiligung). Daher, so das *Fazit*, erscheinen das Werben und also die Partei selbst als durchaus *unglaublich*.

Wie denn also die ideale Partnerin/Partei für potentielle Wähler der LINKEN zu sein hätte, scheint klar: Transparenz, Glaubwürdigkeit, Bürgernähe und Ermöglichung von Mitbestimmung wären Charakterzüge. Im Verhalten ein realistischer Pragmatismus und die erforderliche Lösungskompetenz, Durchsetzungskraft und Stärke. Klare Werte und Ideale ja, Ideologien als geschlossene Systeme mit einfachen Antworten auf alles aber nein. Personen, die dafür in der Öffentlichkeit stehen.

Dabei käme DIE LINKE schon als Partnerin für potentielle Wähler in Frage. In erster Linie wegen ihrer *sozialen Orientie-*

rung. Viele ihrer Forderungen und Ideen werden für gut und richtig befunden. Und mit Gysi und Lafontaine hat sie prominente Personen im Rampenlicht. Auch scheint sie ihren Idealen treu zu bleiben. Es scheint also ein *Problem des aktuellen konkreten Verhaltens der Partei zu ihren potentiellen Wählern* zu sein. Es ist damit ein *lösbares Problem*. Auch das ist eine Botschaft aus den Untersuchungen.

Rollenverteilung

In theoretischer wie empirischer Perspektive sind die Rollen zwischen Parteien und Bürgern klar verteilt. Die Bürger haben gewisse Erwartungen an die Politiker und die Politiker machen bestimmte Angebote an die Bürger. Es ist eine Beziehung von Auftraggebern und Auftragnehmern, politikwissenschaftlich sprechen wir von *Prinzipal – Agent – Verhältnissen*. In bestimmtem Maße (die Leute wissen wohl um den engen Rahmen politischer Gestaltung) geht der Auftraggeber davon aus, dass sein Wohlergehen vom Handeln seiner Agenten Auftragnehmer abhängig ist.

In den Untersuchungen ergab sich ein grobes Gesamtbild davon, was die potentiellen Wähler der LINKEN unter «Wohlergehen» verstehen. Die *eigene Lebensqualität* zu halten und möglichst zu verbessern und den *gesellschaftlichen Zusammenhalt* zu sichern ist der Auftrag. Dazu müsste in allen Lebensbereichen *menschliches Maß* angelegt werden: Gute Arbeit, eine funktionierende Infrastruktur, Versorgungssicherheit, eine «natürliche» Umwelt. Zeit braucht der Mensch und Anerkennung für sich und seine Leistung.

Mobil soll er sein und mitbestimmen soll er können. Soziale Nähe, Begegnungen, Gemeinschaft, das *Sich umeinander kümmern* sind wichtig. Und klar ist es wohl allen, dass dabei eine gewisse Gleichheit herrschen muss unter den Menschen, werden Alte, Kranke, Schwache, Kinder, Migranten, Frauen, Gläubige, die vom Dorfe oder aus urbanen Brennpunkten oder irgendwo aufgrund seiner Eigenart oder durch Zufall, man selbst könnte es ja auch mal sein, ausgestoßen – sinkt die eigene Lebensqualität, löst sich der soziale Zusammenhang.

So abstrakt und allgemein erscheint die Botschaft nur im Draufblick. Berlin, Niedersachsen und NRW – die befragten Menschen, auch die potentiellen Wähler der LINKEN, artikulieren ihre Ansprüche und Erwartungen an die Politik, die Partei DIE LINKE, aus sehr vielfältigen Lebenslagen und Situationen heraus. Der immer wiederkehrende *Vorwurf* scheint, dass DIE LINKE kaum in der Lage und willens ist, diese vielfältigen Interessen aufzunehmen und zu aggregieren. Es scheitert bereits an der Schwierigkeit, die *Alltagsperspektive* einzunehmen, sich in die Situation/Lage des Prinzipals zu versetzen. Dazu müsste sie sich, hier sind die Befragten hellwach und klar, eines ändern *Politikstils* bedienen. Solange dies nicht geschieht bleibt der Verdacht, das Misstrauen, die Skepsis und also der Konflikt, ob die Partei DIE LINKE nicht doch andere, eigene Ziele verfolgt als die des Prinzipals, man wendet sich ab und ändern zu.

Unser Vorschlag einer zusammenfassenden Bewertung der Umfrageergebnisse lautet: Die Partei DIE LINKE würde, wenn überhaupt, dann gewählt, wenn sie die beschriebenen Merkmale eines anderen Politikstils mit ihrem wichtigsten positiven Image, eine Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, verbindet. Sie muss ihre soziale Orientierung neu erfahrbar machen, sich als Partei sozialer Gerechtigkeit auf neue Weise ins Gespräch bringen: alltagsnah, als jemand, der immer die Nöte der kleinen Leute mit den Interessen der

solidarisch orientierten Mittelschichten verbindet, auf der Suche, wie die Interessen derer, die in dieser Gesellschaft «unten» sind, mit denen an deren Schichten zu einer Mehrheit in einem und für ein solidarisches Gemeinwesen verbunden werden können.

C. WEICHENSTELLUNGEN

Wechseln wir abschließend wieder die Perspektive und kehren zur Sicht der Partei auf die Wählerschaft zurück. Das scheint nötig, damit ein Aspekt der Entscheidung stärker herausgestellt werden kann: Orientiert sich die Partei am Profil der treuesten, sichersten Wähler? Hält sie, als Strategie, zusammen, was noch da ist auf der bestehenden Beziehungsebene oder orientiert sie sich am Potential und bauen dieses eben aus? Es ist ja augenfällig, dass die genannten Defizite von einem Teil ihrer Anhängerschaft als Tugenden gelebt werden. Aus welchen Gründen auch immer, historischen, kulturellen, aus Altersgründen etwa ist das Parteileben im Osten wie im Westen durch einen gewissen *linken Troglodytismus* gekennzeichnet. Hic Rhodos hic salta!

Einige Aspekte der für den Westen Deutschlands beschriebenen Lage sind auch im Osten anzutreffen. Hierbei handelt es sich vor allem um die ausbleibende Verjüngung der Wählerpotentiale und die demokratische Repräsentationsfähigkeit der Partei. Immerhin ist die Wahlenthaltung im Osten noch deutlich ausgeprägter als im Westen.

Die Partei DIE LINKE kann sich entscheiden, ob sie von der Binnenlogik einer teilweise in die Isolation geratenen, sich durch Abgrenzung zur Gesellschaft und zu anderen (vor allem zur SPD) bestimmten Mitgliedschaft, der «splendid isolation», ausgeht und dies kultiviert, oder aber das Potential dieser Binnenlogik (Fixierung auf die soziale Frage, die Schwächeren in der Gesellschaft, die Einsicht, dass es mit dem Kapitalismus so nicht weiter geht und eine andere Gesellschaft gebraucht wird) nutzt, um neu und anders mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Man könnte so ohne «jähle Wendungen» den Wahlkampf 2013 bereits auch als Auftaktspiel für den Wahlzyklus bis 2017 betrachten und nutzen.

Wahlentscheidungen fallen in der Regel nicht rational durch ein Abwägen, einen Abgleich des Angebots an Forderungen und Vorschlägen einer Partei mit den eigenen Einstellungen, Zielen Wertungen und Interessen. Wahlentscheidungen kommen auf verschiedenen Stufen der Nähe zum eigentlichen politischen Prozess zustande. Es reicht für einen Erfolg daher nicht aus, die Partei mit den besseren Forderungen zu sein. Es geht auch um Image und Stil, es geht um die Themen, für die «eine Partei steht», es geht um die Forderungen und wie sie kommuniziert werden, es geht auch darum, welche Rolle eine Partei im Verhältnis zu den anderen Parteien hat.

Der politische Stil, das Auftreten, die politische Methode
Kommunikativ und auf Augenhöhe mit den potentiellen WählerInnen (sie wissen, was gut und richtig für sie ist!), ein Angebot unterbreitend. Entschieden in der Sache, offen und umgänglich im Stil. Wissend, dass die Alltagserfahrung besagt: Ohne klare Ideale und generelle Zielvorstellung einerseits und ohne Kompromisse andererseits kommt man am Ende nirgends weiter.

Darüber reden, was die Partei DIE LINKE will, und nicht darüber, warum den anderen Parteien nicht zu trauen ist, wenn sie Ähnliches wollen.

Die Beratung mit den WählerInnen suchen: Wenn die Potentiale schrumpfen, der Wähler der LINKEN zum Exoten wird, ist es um so dringender, das Gespräch zu suchen (also nicht für einen Tag die Arbeit der Erzieherin machen oder «mitlaufen», sondern mit ihr über ihre Probleme, Wünsche reden, darüber was muss und was geht, ...). Beim öffentlichen Auftreten die sehr konkreten Probleme einzelner Menschen ansprechen und von dort die Frage zu stellen, was Not tun würde (nicht von «den Arbeitslosen», «den Hartz-IV-Empfänger», «den Rentnerinnen und Rentnern» reden, sondern von Menschen sprechen, die man gestern gesprochen hat, bei denen man war, die man kennt ... und dies ganz konkret und nicht plakativ, aber durchgängig). Dann die konkreten Angebote und mit wem sie zu realisieren sind, weil sie vielen nützen, zur Sprache bringen. Gute Bildung oder gute Pflege verlangt eben auch einen Ausbau gut bezahlter und sicherer Arbeit im öffentlichen Dienst oder bei den sozialen Dienstleistungen. Und dann nicht vergessen: «Im Übrigen bin ich der Meinung, dass genau dies zeigt, dass wir eine andere Gesellschaft brauchen, in der Profit nicht mehr unser Leben beherrscht.»

Entwicklung lokaler Politik und Handlungs- und Mitmachmöglichkeiten sowie ihre Bündelung auf oberen institutionellen Ebenen (statt lokale Umsetzung von Bundes- und Europapolitik) (bottom-up statt top-down – nicht zuletzt deshalb, weil man der Partei DIE LINKE am wenigsten zutraut, oben etwas bewegen zu können; sie ist in dieser Frage genau eine Gegen-Merkel-Partei).

Die politischen Themen

Neuen Fragen, veränderten Einstellungen zugewandt: Zum Beispiel die «Rente erst mit 67» ist in der Wahrnehmung noch ein Skandal, weil fürs gleiche Geld länger gearbeitet werden soll, mehr und mehr wird im Alltag aber auch über flexiblere, individualisiertere Formen des Übergangs gesprochen. Diese gesellschaftlichen Diskussionen als Themen, die in der LINKEN ihren Platz haben, an die Partei heranholen.

Der Erfolg der Piraten hat auch etwas mit technologischen und sozialen Veränderungen im Arbeitsprozess und in der Arbeitsorganisation, in der Eigentumsfrage zu tun. Redet die Partei da mit? Signalisiert sie, dass sie weiß, worum es geht, dass man bei ihr richtig ist, wenn man nach Lösungen sucht? Oder sagt sie durch ihre RepräsentatInnen nur, dass sie da entweder schon längst die besseren Konzepte hat – oder aber höchstens eine private, persönliche Meinung? In beiden Fällen erschiene die Partei nicht als Ort, wo man sich einmischen sollte. Es kann für die Gesamtpartei erfolgreich sein, auch Minderheitsmeinungen als solche nach außen darzustellen, eben weil sie Vielfalt sichtbar machen. Das bedingungslose Grundeinkommen gehört dazu. Immer mit dem Gestus: Lasst uns darüber nachdenken, ob und was das für Menschen bringt.

Die politischen Forderungen

Gegenwärtig hat die Partei DIE LINKE zwei Kategorien von Forderungen:

- die großen bzw. abstrakten Forderungen, die nur indirekt mit dem Alltag und den Problemen unserer Wählerpotentiale vermittelt sind (von der Euro-Krise bis zur Millionärssteuer)
- und die konkreten Forderungen, die oftmals nicht als solche der LINKEN, sondern der SPD (oder auch Grünen) wahrgenommen werden und unterschiedliche Partikularinteressen aufgreifen.

Transformation zu einer Problem- und alltagsorientierten Interessenbündelung: Statt sozialer Gruppen (Arbeitslose, Niedriglöhner, Frauen, Normalverdiener) soziale Probleme konkret ansprechen, zum Beispiel die Probleme der «finanziell Bedrängten», die unabhängig von sozialer Lage und Art und Höhe des Einkommens Probleme haben, finanziell über die Runden zu kommen, von Mietproblemen, Stromsperrern, Überschuldung bedroht sind/sich bedroht sehen. Was aber heißt: «Hartz IV muss weg» steht nicht zwingend im Mittelpunkt der Kommunikation, sondern: «Das Problem mit den Stromkosten/Mieten/Klassenfahrten muss gelöst werden und da gibt es doch diese oder jene Möglichkeit. Wieso wird sie nicht genutzt?!»

In diesem Zusammenhang können dann Forderungen nach frei zugänglichen öffentlichen/kollektiven Gütern statt Geldleistungen zum Kauf marktvermittelter Güter zu einem linken Markenzeichen werden, welches sich gut mit dem sozialökologischen Umbau verbinden lässt. Es sind diese Güter, auf denen soziale Sicherheit wie Freiheit/individuelle Selbstbestimmung basieren.

Die strategische Orientierung

Das vielleicht Schwierigste zum Schluss: Kann DIE LINKE eine eigene und zugleich andere Kräfte überzeugende strategische Orientierung kommunizieren, um der «Falle des Alleinstehens» zu entkommen, trotzdem unterscheidbar zu bleiben und einen eigenständigen Platz unter den Parteien zu beanspruchen?

DIE LINKE steht für einen politischen Richtungswechsel. Was das in der strategischen Orientierung heißt, bleibt in der Kommunikation aber zu oft unklar. Zwei Dinge wären herauszustellen:

- einen Richtungswechsel gibt es nur, wenn er von gesellschaftlichen Mehrheiten getragen wird;
- einen Richtungswechsel gibt es nur, wenn diese Mehrheiten einen (koalitions-)politischen Ausdruck finden.

Diesen politischen Richtungswechsel gibt es nur mit einem gesellschaftlichen «Unten-Mitte-Bündnis». Die Funktion der LINKEN im Parteiensystem ist es, sich im Dienst deren zu sehen, die sonst im Parteiensystem nicht zur Sprache kommen (oder nur als «Opfer», als die «Armen», als die da «unten») und sie für eine (Wieder-)Beteiligung an politischen Entscheidungen zu gewinnen. Gleichzeitig ist DIE LINKE aber keine «Unterschichten»- oder «Prekariatspartei», allein schon deshalb, weil sie auch Wählerschaften der solidarischen Mitte erreicht, und allein schon deshalb, weil klar ist, dass die Interessen der sozial schwachen Gruppen nur eine Chance haben, wenn ihre Durchsetzung auch einer Mehrheit hilft, in einer «besseren Gesellschaft» zu leben. Einen politischen Richtungswechsel wird es dann geben, wenn eine Mehrheit von Wählenden aus den unteren und mittleren sozialen Schichten dafür votiert und Parteien unterstützt, die dies wollen. Einen politischen Richtungswechsel zu wollen, heißt auch, die Tendenzen der sozialen Spaltung in der Wahlbeteiligung umkehren zu können.

Was anzustreben wäre ist also eine Perspektivenverschränkung jener, die heute «Ganz unten» (Wallraff) sind und jener, die sich selbst sozial in der Mitte verorten. Es ginge darum, die Interessen der sozialen Mitte und der sozial Schwachen, wie sie sich in gemeinsamen Problemlagen zeigen, in den Mittelpunkt zu stellen. Darüber wäre zu reden, *bevor* über dafür notwendige Koalitionen zu reden ist. Dafür muss es aber eine Mehrheit unter den Wahlberechtigten geben. Sie gibt es

derzeit nicht, weil zu viele WählerInnen aus den sozial schwachen, abgehängten und bedrohten Schichten gar nicht mehr wählen gehen. Deshalb fehlt es an einer machtpolitischen Attraktivität, der realen Möglichkeit mit der Folge, dass auch jenseits aller anderen gesellschaftlich formierten Motive, sich nach oben zu orientieren und nach unten abzugrenzen, politische Oben-Mitte-Angebote eine hegemoniale Anziehung ausüben. Die strategische Aufgabe der LINKEN besteht darin, die sozial Schwachen wieder für die politische Partizipation zu gewinnen und dies mit den Anliegen und Sichtweisen einer solidarischen Mitte zu verbinden.

Und zwar nicht rationalistisch-instrumentell, sondern als organische Perspektive: etwa «Prekarität» nicht als Problem bestimmter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt oder des Verhältnisses von Stammebelegschaften zu Leiharbeitern usw., sondern als Feld der Veränderungen in der ganzen Arbeitswelt.

In kleinerem Maße ist das auch eine kurzfristige Möglichkeit: Zu den Potentialen der LINKEN zählen auch Wahlenthalter, die zwischen Wahl und Nichtwahl schwanken wie zwischen der Entscheidung LINKE und Option X (Partei oder Nichtwahl), also Wechselwähler, Wähler ohne feste Bindung. Zudem könnten nicht wenige aus der solidarischen Mitte sich für die Partei DIE LINKE entscheiden, wenn diese Funktion für ein Unten-Mitte-Bündnis, dieses Verständnis eines Richtungswechsels klarer würde.

In größerem Maße handelt es sich um eine Aufgabe, deren erfolgreiche Bewältigung durchaus nicht sicher ist. *Erstens* gibt es *die* Nichtwähler nicht, sie haben unterschiedliche Parteipräferenzen. *Zweitens* gibt es unter ihnen Gruppen, die sich grundsätzlich nicht für Wahlen und Politik interessieren. Tatsächlich hat die Wahlenthaltung in den sozial schwachen Schichten und Vierteln in den vergangenen dreißig Jahren viel stärker zugenommen als in den «bürgerlichen» Vierteln. Die SPD (und andere) haben demgegenüber resigniert. Sie hatten den Enttäuschten kein neues Angebot zu machen, vielmehr haben sie sich darauf eingestellt, dass dort nichts mehr zu holen ist und um die verbliebenen wahlbereiten Schichten zu konkurrieren sei.

Diese strategische Aufgabe zu bewältigen ist keine Angelegenheit (allein) von Wahlkämpfen, sondern eine strategische Aufgabe der Partei und ihres Aufbaus. Wahlstrategie 2013 und Parteaufbau 2012/2017 müssen gleichzeitig, und nicht wie so oft bisher versprochen, nach einander angegangen werden. Wahlen gewinnt man nicht erst in Wahlkämpfen.

Horst Kahrs arbeitet im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dr. Harald Pätzolt arbeitet beim Parteivorstand DIE LINKE.

Der Text steht in alleiniger Verantwortung der beiden Autoren.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben

von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf-Kunze

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127 · Fax -122

m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Juli 2012

Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling